

# Innovationslabor für den Public Sector

**[24.05.2018] Die Universität Speyer und die Metropolregion Rhein-Neckar (MRN) wollen ein gemeinsames Innovationslabor aufbauen. Darin sollen wegweisende Strategien zur Modernisierung von Staat und Verwaltung entwickelt werden.**

Die Metropolregion Rhein-Neckar (MRN) und die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer wollen gemeinsam ein Innovationslabor für den öffentlichen Sektor aufbauen. Dazu haben Vertreter beider Institutionen jetzt eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet. Wie die Partner mitteilen, sollen Wissenschaftler, Mitarbeiter aus Behörden sowie Akteure aus weiteren gesellschaftlichen Bereichen in dem Innovationslabor wegweisende Strategien zur Modernisierung von Staat und Verwaltung entwickeln und testen. Im Fokus stünden unter anderem die Prozesse zwischen Unternehmen und Verwaltungen sowie die Möglichkeiten der Digitalisierung. Das Innovationslabor ist Teil des Projekts „Wissens- und Ideentransfer für Innovation in der Verwaltung“ (WITI) der Universität Speyer. WITI wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Innovative Hochschule“ mit rund drei Millionen Euro gefördert.

Ziel von WITI und des Innovationslabors ist es, wissenschaftliche Erkenntnisse schneller und effektiver in die Verwaltungspraxis zu überführen, insbesondere im Kontext der länderübergreifenden Zusammenarbeit im Schnittpunkt der drei Bundesländer Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz. Zudem soll das Projekt nach Angaben der Universität Speyer dabei helfen, alltägliche Problemstellungen und Anforderungen der Verwaltungen besser in die Forschungsaktivitäten der Hochschule zu integrieren. Für Christine Brockmann, Geschäftsführerin der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH, untermauert das Innovationslabor den Anspruch der MRN, beim wirtschaftsorientierten E-Government Vordenker und Vorreiter zu sein: „Von der Zusammenarbeit im Innovationslabor erhoffen wir uns Antworten auf die Frage, wie wir Verwaltung künftig verstehen und wie wir Prozesse in der föderalen Praxis möglichst effizient und nutzerfreundlich organisieren.“

Der Zeitpunkt und die Rahmenbedingungen für das Vorhaben könnten aus Sicht der Kooperationspartner nicht besser sein. „Das Onlinezugangsgesetz und die im Koalitionsvertrag in Aussicht gestellten Finanzmittel werden die Verwaltungsmodernisierung in den kommenden Jahren spürbar beschleunigen. Bund, Länder und Kommunen müssen bis 2022 ihre Verwaltungsportale verbinden und ihre Dienstleistungen künftig auch online anbieten“, so Brockmann. „In der Rhein-Neckar-Region haben wir die passenden Strukturen für dieses ebenen- und länderübergreifende E-Government geschaffen und den Willen zur Kooperation bereits mehrfach bewiesen. Das macht die Metropolregion Rhein-Neckar zum idealen Partner und Erprobungsraum für die Verwaltung der Zukunft.“

(bs)